

Gemeinsame Befürchtungen bei unterschiedlichen Standpunkten

Die Konferenz von Puebla darf sich jedoch nach Auffassung der brasilianischen Bischofskonferenz nicht mit dem Austausch von Erfahrungen und der Abfassung einer Schlußerklärung begnügen. Sie solle vielmehr die *Gelegenheit zu Aktionen* nutzen, die nur in einem solchen Rahmen Erfolg versprechen. Konkret schlagen die Bischöfe vor:

einen Appell an die Kirchen der Industrienationen, das Ihre gegen die soziale, wirtschaftliche oder politische Unterdrückung des Volkes in Lateinamerika zu tun; eine Erklärung gegen alle Formen der Gewalt, insbesondere der institutionalisierten Gewalt, die auch eine „prophetische Kritik“ der sozialen, wirtschaftlichen und politi-

schen Verhältnisse in Lateinamerika sowie den Zustand „kontinentaler Abhängigkeit“ zum Inhalt haben soll. In einer weiteren öffentlichen Stellungnahme soll die Konferenz von Puebla die „Verleumdung der Kirche, vor allem einiger ihrer engagiertesten Mitglieder zurückweisen“.

Der Text der brasilianischen Bischöfe schließt mit der „freimütigen Zitierung einer Reihe von Befürchtungen“, die, aus den verschiedensten kirchlichen Richtungen stammend, für die Bischofsversammlung in Puebla von Bedeutung seien. Mit diesem letzten Kapitel fängt die brasilianische Bischofskonferenz offenbar auch die *unterschiedlichen Standpunkte in den eigenen Reihen auf*. In dem Text heißt es: „Es wird befürchtet, – daß das Schlußdokument von radikalen Gruppen konservativer oder

progressiver Prägung manipuliert wird, oder daß der Heilige Stuhl Restriktionen vornimmt, wenn ihm das Dokument unterbreitet wird;

– daß (in Puebla) qualifizierte Kräfte fehlen und die Beteiligung der Ordensleute und Laien ungenügend ist; – daß das Ergebnis von Puebla nicht die Sorgen und Erwartungen des lateinamerikanischen Volkes trifft und übersteigerte Hoffnung einer großen Enttäuschung weichen könnte; – daß das Schlußdokument einseitig ausfällt, indem das soziale Moment entweder überbewertet wird oder ganz entfällt, daß die spirituelle Dimension darin zu kurz kommt, daß die entführten und gefolterten politischen Häftlinge nicht erwähnt werden; – daß Medellín in Puebla absolut gesetzt wird, zu wenig beachtet oder gänzlich in Frage gestellt wird.“

G. B.

Politische Entwicklungen

Neues SPÖ-Programm zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Mit einer eineinhalbstündigen Vorlesung über das Bewahrenswerte am marxistischen Gedankengut leitete der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ), Bundeskanzler *Bruno Kreisky*, den Bundesparteitag seiner Partei im Mai ein, der einen Tag später das neue Programm einstimmig beschloß. Dieses Programm, das die „Frankfurter Allgemeine“ als „sicher viel linker als etwa das Godesberger Programm der SPD“ bezeichnet, enthält schärfste Formulierungen der Distanzierung zum Kommunismus. Gleichzeitig nahm aber Kreisky in seiner Parteitagrede *Karl Marx* vor „Mißbräuchen der scheinwissenschaftlichen Systeme“ im kommunistischen Osten in Schutz und stellte ihn als geistigen Vater der österreichischen Sozialdemokratie heraus. Jubel bei Vertretern der jungen Sozialisten, Überraschung bei vielen anderen Parteitagsdelegierten, Irritation in der österreichischen Öffentlichkeit waren die Folge.

In Wirklichkeit dürfte es Kreisky in erster Linie um eine möglichst enge Integrierung seiner Partei gehen – vor allem für die bevorstehende Nach-Kreisky-Ära, in der die

Differenzen zwischen dem *austromarxistischen*, dem *pragmatischen* und dem *neulinken* Flügel ernste Gefahren für die Handlungsfähigkeit der Partei heraufbeschwören könnten. In einer genau ausgeklügelten Inszenierung versuchte Kreisky, diese drei „Lager“ seiner Partei von Anfang an in die Erarbeitung des Programms einzubinden.

Soziale Demokratie als Leitgedanke

So beauftragte er gleich zu Beginn eine *Gruppe junger Neulinker*, die es in Österreich nicht so zahlreich gibt wie in der Bundesrepublik, einen „Problemkatalog“ für das Programm zu erstellen. Unter der Koordination des Wiener TU-Professors *Egon Matzner* entstand ein Vorentwurf, der durch manche seiner radikalen Formulierungen massive Proteste in der Partei selbst und vor allem außerhalb der Partei auslöste. In einem zweiten Arbeitsgang ließ Kreisky vor allem die pragmatischen Gruppierungen in der Partei zu Wort kommen: Die radikalen Formulierun-

gen des „Problemkatalogs“ wurden so energisch zusammengestutzt, daß sich Prof. Matzner resigniert zurückzog und nun eine Berufung nach Berlin annehmen möchte. In der letzten Phase, in der etwa 2000 schriftliche Stellungnahmen und 1125 Zusatzanträge sozialistischer Organisationen zu verarbeiten waren, war Zentralsekretär *Karl Blecha* über Auftrag Kreiskys am Werk, um den „Feinschliff“ zu übernehmen. Dabei wurden mit erheblichem propagandistischem Aufwand sowohl Katholiken als auch Liberale aufgefordert, ihre Meinungen in die Schlußdebatte einzubringen, andererseits beließ man einige „linke“ Formeln im Programm, um den Marxisten in den eigenen Reihen entgegenzukommen. Die Einmütigkeit, mit der das neue Programm angenommen wurde, bestätigt die Richtigkeit dieser Taktik. Die „Neue Zürcher Zeitung“ urteilte scharfsichtig, als sie schrieb: „Damit behält sich der Regierungschef ein weites Feld für pragmatisches Handeln offen.“

Als einen der *tragenden Leitgedanken* des neuen Programms bezeichnete der sozialistische Klubobmann im Nationalrat, *Heinz Fischer*, schon vor mehreren Monaten die Idee der „sozialen Demokratie“, die die Frage beantwortete, was nach dem Wohlfahrtsstaat komme. In dem neuen Programm heißt es dazu: „Die soziale Demokratie wird verwirklicht, indem immer neue Bereiche der Gesellschaft mit den Ideen der Demokratie durchdrungen werden... Das Abstimmungsprinzip allein, wie es in der politischen Demokratie geübt wird, genügt für andere gesellschaftliche Bereiche nicht. Es muß durch kooperative Formen der Entscheidungsfindung ergänzt werden...“ In anderem Zusammenhang heißt es hierzu: „Ohne Demokratie kein Sozialismus“. Die Umkehrung dieses Satzes läßt sich aus so manchen Formulierungen des Programms ablesen, was außerhalb der SPÖ manches Unbehagen über „alleinseligmachende Aspirationen“ laut werden ließ.

Erfreulich klar ist die *Abgrenzung zu jeder Form von Diktatur*: „Sozialisten sind unbeugsame und kompromißlose Gegner der faschistischen und kommunistischen Diktatur.“ In den von den Kommunisten regierten Staaten sei es „zur Heranbildung eines alle Teile der Gesellschaft durchdringenden, bürokratisch-zentralistischen Herrschaftsapparates gekommen“. Umstritten waren die zahlreichen Vorschläge zum Problem des *Eurokommunismus*, bis man sich schließlich auf eine relativ vorsichtige Formel einigte, in der es heißt, die Sozialdemokraten würden diese Entwicklung „mit kritischer Sorgfalt beobachten und auf ihre Ernsthaftigkeit hin prüfen. Sollte es sich in der Tat um einen echten, tiefgreifenden Gesinnungswandel handeln, so ergeben sich neue Perspektiven für die Entwicklung der Demokratie.“

Nicht so eindeutig sind die Aussagen des neuen Programms zur *Wirtschaftskonzeption*. Tatsächlich haben sich die österreichischen Sozialisten – im Gegensatz etwa zur SPD – mit dem System der sozialen Marktwirtschaft lange nicht restlos befreunden können. Elemente der staatlichen Wirtschaftslenkung bleiben daher relativ stark betont, da man das gegenwärtige Wirtschaftssystem mit

seinem immanenten Systemzwang und seinem Macht-, Gewinn-, Wachstums- und Konsumkalkül für dauernd korrigierungsbedürftig hält. Andererseits entschloß man sich zu klaren Aussagen zum *Problem Verstaatlichung*: „Eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse allein schafft noch keine Veränderung im Sinn des demokratischen Sozialismus.“ Noch im Programm von 1958 hatte es zu diesem Thema geheißen: „Nur das Gemeinwohl wird darüber zu entscheiden haben, welche Unternehmungen zu vergesellschaften sind. Eine Vergesellschaftung wird hauptsächlich für jene großen Unternehmungen in Frage kommen, deren Machtstellung das wirtschaftliche und politische Gesamtinteresse gefährdet. Unter diesen Voraussetzungen sind die Eigentümer im Fall der Vergesellschaftung nach dem inneren Wert der übertragenen Vermögensgegenstände voll zu entschädigen.“

Die Überwindung dieser Aussagen steht im Gegensatz zur bisherigen *austromarxistischen Tradition*. Eine weitere Neuerung stellt das Aufgreifen der Bürokratie-Problematik dar, die noch in kein Programm einer sozialdemokratischen Partei aufgenommen worden ist: „Die Sozialisten treten ein: Für eine stärkere Beteiligung der unmittelbar Betroffenen an der Planung und Durchführung der politischen Entscheidungen. Bürokratische Lösungen sind oft teuer, nicht bedürfnisgerecht und undemokratisch... für eine umfassende Information über Notwendigkeit und Angebot öffentlicher Einrichtungen... für die Führung öffentlicher Versorgungsunternehmungen nach den Grundsätzen der Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.“

Am meisten überrascht in dem neuen Programm der *Abschnitt „für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft“*, der mit den Worten beginnt: „Die Sozialisten bekennen sich zur demokratischen, partnerschaftlichen Familie als Form dauernden Zusammenlebens, die bewußt die Erziehung der Kinder als ihre Aufgabe wahrnimmt und den einzelnen Familienmitgliedern Solidarität, Anteilnahme und Schutz bietet.“ Wenn auch nicht ganz klar ist, was unter „demokratischer Familie“ zu verstehen ist, muß doch ein Fortschritt an Hand dieser positiven Formulierungen festgestellt werden. In den weiteren Passagen fallen Sätze auf wie: „Die Sozialisten treten ein für die Entfaltung der Familie in jeder Lebensphase... für eine kinderfreundliche Gesellschaft... für die Anerkennung von Hausarbeit und Kindererziehung als unentbehrliche Leistung für unsere Gesellschaft... für Maßnahmen, die der Familie helfen, das Spannungsfeld Familie-Berufstätigkeit zu bewältigen und die Mehrfachbelastung berufstätiger Frauen abzubauen.“

Als *Restbestand der alten austromarxistischen Tradition* ist hingegen die Forderung nach Beseitigung der Klassen, das Stichwort der klassenlosen Gesellschaft erhalten geblieben, und unter dem Stichwort „Rechtsordnung“ findet sich der Satz: „Die Rechtsordnung – der juristische Überbau der ökonomischen Struktur der Gesellschaft – bedarf der ständigen Anpassung an die sich ändernden gesellschaftlichen Verhältnisse.“

Die Aussagen zu Religion und Kirche

In katholischen Kreisen fanden begrifflicher Weise die Aussagen des neuen Programms *zur Religion und zur Kirche* besonderes Interesse. Nach den Vorarbeiten zum Entwurf des Programms sollte zunächst das Kapitel „Sozialismus und Religion“ des Parteiprogramms 1958 unverändert übernommen werden. In diesem Kapitel hieß es: „Gleichviel, ob Sozialisten ihre Überzeugung aus den Ergebnissen marxistischer oder anders begründeter sozialer Analysen oder aus religiösen oder humanitären Grundsätzen ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens. Die Sozialisten achten das Bekenntnis zu einem religiösen Glauben wie zu einer nichtreligiösen Weltanschauung als innerste persönliche Entscheidung jedes einzelnen. Sie stehen daher zu dem Grundsatz der Gleichberechtigung aller Bekenntnisse in der staatlichen Ordnung. Von den großen Religionsgemeinschaften erkennen insbesondere die christlichen Kirchen die Notwendigkeit von sozialen Reformen an. Sozialismus und Christentum als Religion der Nächstenliebe sind miteinander durchaus vereinbar. Zwischen dem auf einer sittlichen Gesinnung beruhenden Sozialismus und den Religionsgemeinschaften kann es daher keine Konflikte geben, wenn diese es vermeiden, für die Durchsetzung konfessioneller Forderungen oder in der Auseinandersetzung mit anderen Weltanschauungen staatliche Machtmittel anzuwenden. Sozialismus und Religion sind keine Gegensätze. Jeder religiöse Mensch kann gleichzeitig Sozialist sein.“

Gegen die unveränderte Übernahme dieses Kapitels erhoben sich in den letzten Monaten immer mehr Stimmen. Besonders nachdrücklich vertrat der Wiener Weihbischof *Florian Kuntner* bei einer Programmveranstaltung der SPÖ in St. Pölten die Meinung, einige dieser Formulierungen seien überholt, andere ungenügend oder sogar diskreditierend, wie etwa der Satz von der „Anwendung staatlicher Machtmittel für die Durchsetzung konfessioneller Forderungen“. Auch aus den eigenen Reihen der Partei, von der parteieigenen „Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialismus“ (ACUS) kam der dringende Wunsch nach Überarbeitung und Neuformulierung dieses Kapitels.

In der Folge meldeten sich einige Bundesländer-Organisationen zu Wort. So wollte die Landesorganisation Tirol folgenden Unterabschnitt „Respekt vor Glauben und Überzeugung“ in das Programm eingefügt haben: „Wir demokratischen Sozialisten haben tiefen Respekt vor dem religiösen Glauben wie auch vor nichtreligiöser Überzeugung als innerste persönliche Entscheidung jedes einzelnen und als wertvollen Antrieb für aktives Handeln in der Gesellschaft.“ Die Landesorganisation Steiermark beantragte, das Kapitel „Sozialismus und Religion“ mit einer neuen Einleitung auszustatten: „Der Sozialismus ist eine internationale Bewegung, die keineswegs eine starre Gleichförmigkeit der Auffassungen verlangt. Gleichviel,

ob Sozialisten ihre Überzeugung aus marxistischen, humanistischen oder anderen Grundsätzen ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der Lebensqualität, der Freiheit und des Weltfriedens.“

Die Landesorganisation Oberösterreich verlangte schließlich einen zusätzlichen Absatz von lapidarer Kürze: „Die alte Frage, ob Christentum und Sozialismus vereinbar sind, ist längst überholt. Die aktuelle Frage lautet vielmehr, ob Christentum und soziale Ungerechtigkeit vereinbar sind.“

Diese Zitate könnten ein besonderes Interesse in der SPÖ für Fragen der Religion vortäuschen, doch ist dies nicht der Fall: Nur 13 von 1125 Anträgen bezogen sich auf die Frage „Sozialismus und Religion“, während z. B. 32 Anträge die Unterprivilegierten der Gesellschaft betrafen und 62 Anträge zum Kapitel „Schule“ einlangten.

Trotzdem bemühte sich Zentralsekretär *Karl Blecha* mit den Endredaktoren des Entwurfs, einen ganz neuen Text zu verfassen, der in seiner Endfassung lautet: „Der Sozialismus ist eine internationale Bewegung, in der Menschen auf Grund humanistischer Wertvorstellungen, auf Grund marxistischer oder anders begründeter sozialer Analysen oder religiöser Überzeugungen für eine bessere Gesellschaft zusammenwirken. Sozialismus und Religion sind daher keine Gegensätze. Vielmehr achten die Sozialisten das Bekenntnis zu einem religiösen Glauben wie zu einer nichtreligiösen Weltanschauung als innerste persönliche Entscheidung jedes einzelnen und als wertvollen Antrieb für aktives Handeln in der Gesellschaft. Jeder religiöse Mensch kann demokratischer Sozialist sein. Die volle Freiheit des Glaubens und Denkens darf weder durch den Staat noch auf sonstige Weise eingeschränkt werden. Die sozialistische Bewegung maßt sich nicht an, über die letzten Fragen des Menschen zu entscheiden. Sie will den christlichen Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften keine weltanschauliche Konkurrenz machen, sie anerkennt deren Leistungen und sichert ihnen die volle Freiheit in der Gesellschaft. Die Sozialisten begegnen der christlichen Botschaft, die in gleicher Weise zur Nächstenliebe wie zum Eintreten für die Schwachen und Entrechteten verpflichtet, mit tiefer Sympathie. Millionen Christen stehen heute in der sozialistischen Bewegung, weil sie davon überzeugt sind, in ihr für ihre sittlichen Grundwerte am wirksamsten eintreten zu können. Sie sind Sozialisten nicht obwohl, sondern weil sie Christen sind.“

Diese Passagen zu Beginn des Programms sind nicht von jenen Aussagen zu trennen, die sich am Ende des Textes unter dem Zwischentitel „Die offene Partei“ finden. Hier fallen folgende Hinweise auf: „Wir Sozialisten erkennen den Wandel in den christlichen Kirchen... Wir begrüßen diese Entwicklung aus innerster Überzeugung. Viele engagierte Christen stehen mitten in unserer sozialistischen Bewegung.“ Einige Zeilen weiter heißt es dann: „Wir Sozialisten anerkennen die große Leistung des politischen Liberalismus... Durch das Zusammenwirken mit uns So-

zialisten können Liberale ihre politischen Grundideen auf einer höheren Stufe verwirklichen.“

Nuancierte Kritik von katholischer Seite

Diese Sätze haben die Debatte wieder aufleben lassen, inwieweit diese Änderungen im sozialistischen Parteiprogramm nur taktischer Natur sind. So schrieb *Karl Heinz Ritschel* in den „Salzburger Nachrichten“, man versuche offenbar, Christen zu „inhalieren“. Wenn gesagt werde, daß Sozialisten der christlichen Botschaft mit tiefer Sympathie begegnen, daß Millionen Christen heute in der sozialistischen Bewegung stünden, nicht obwohl, sondern weil sie Christen seien, so sei dies für eine Partei, die die Fristenlösung gegen jeden Einspruch der Kirche beschlossen hat, eine mehr als kühne Behauptung.

Der Präsident der Katholischen Aktion Österreichs, *Eduard Ploier*, urteilte differenzierter über das neue Parteiprogramm: „Im Religions-Abschnitt finde ich viele Formulierungen richtig und geradezu freundlich. Man kann aber diesen Paragraphen nicht isoliert sehen; man muß ihn mit anderen Abschnitten des Programmes konfrontieren. Und da finde ich Formulierungen, die für einen praktizierenden Christen keinesfalls akzeptabel sind, etwa wenn die Rechtsordnung als der ‚juristische Überbau der ökonomischen Struktur der Gesellschaft‘ definiert wird. Ich halte es für eine Provokation, wenn man auf der einen Seite im Religionsabschnitt sagt, daß im Sozialismus viele Christen ihre Grundwerte realisiert sehen, auf der anderen Seite aber bei der Fortentwicklung des Rechtes nur die ökonomische Struktur, nicht aber ethische Grundhaltungen gelten lassen will.“

Der Wiener Politologe und KA-Vizepräsident Prof. *Heinrich Schneider* meinte, so wie in der SPD seit dem Godesberger Programm „Sozialismus“ definiert werde, falle dieser Begriff nicht mehr unter die Ablehnung von „Quadragesimo anno“. Der Sozialismus des neuen Programms der SPÖ stehe jedoch auf Grund einiger Formulierungen „im Zwielficht“. Das neue Programm bringe zwar eine „Fortsetzung der Öffnung gegenüber unterschiedlichen Motivationen“, aber auch eine „Mehrdeutigkeit in den Grundlagen.“ Insgesamt zeige sich die „ganze Spannweite dessen, was sozialdemokratische Politik sein kann.“

Für die Kirche sei die von Bundeskanzler Bruno Kreisky verkörperte sozialliberale Linie insgesamt positiver zu werten, als es eine Politik starker linksorthodoxer Kräfte wäre.

In den Nachrichten der *Katholischen Sozialakademie Österreichs* wurde das neue Programm so kommentiert, daß alle Erörterungen zum Thema „Sozialismus und Religion“ stets dort anknüpfen, wo aus dem Gebot der Nächstenliebe echte Gemeinsamkeiten auch für das praktische Handeln gegeben sind. „Damit wird allerdings die Tiefe christlicher bzw. religiöser Ethik nicht einmal annähernd ausgeschöpft. Völlig in den Hintergrund tritt die Tatsache, daß das Wesen der Religion und naturgemäß auch das des Christentums sich nicht in einer Summe von Geboten und Verboten erschöpft. Die transzendente Dimension der christlichen Offenbarung wird von keiner in der Programmdiskussion vorgebrachten Formulierung positiv erfaßt, wenn sie auch in manchen Anträgen und vor allem durch die Endformulierung des Bundespartei Vorstandes ‚respektiert‘ erscheint. Religion ist demnach nicht mehr ‚Opium des Volkes‘ oder ‚Überbau‘ einer Gesellschaft.“ Kritischer als zum Kapitel „Sozialismus und Religion“ äußerte sich die Sozialakademie zu anderen Aussagen des Programms. So kritisiert die Sozialakademie die Tatsache, daß das Parteiprogramm wohl von der „klassenlosen Gesellschaft“ spreche, aber jede Auseinandersetzung mit der konkreten *österreichischen Institution der Sozialpartnerschaft* „unüberhörbar“ vermeide. Der notwendige und unumgehbare Grundkonflikt der Menschheit zwischen (scheinbar) notwendigem Wachstum und unübersteigbarer Wachstumsgrenze werde im Parteiprogramm gar nicht angesprochen. „So sehr die Schwierigkeiten einer an der Macht befindlichen Partei zu berücksichtigen sind, in diesem System mit seiner internationalen Verquickung eine qualitativ-neue Gesellschaftspolitik zu realisieren, so sehr ist in der praktischen Politik der Sozialisten doch eine gewaltige Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit festzustellen. Die Frage muß erlaubt sein: Was haben die Sozialisten in den von ihnen kontrollierten Bereichen (der verstaatlichten Industrie, der Verbände einschließlich des ÖGB, der Banken, der Konsumgenossenschaften, den von ihnen beherrschten Ländern und Gemeinden) bislang getan, um ‚soziale Demokratie‘ auch nur ansatzweise zu verwirklichen?“

Fritz Csoklich

Wandel in Italien?

Die Wirkungen, die politischen und geistigen, der gewalttätigen, fünf Menschenleben fordernden Entführung und späteren Ermordung des Präsidenten des Nationalrates der italienischen Christdemokraten, *Aldo Moro*, sind auch Wochen nach den tragischen Ereignissen noch schwer abzuschätzen.

Sicher ist eines: Kein Ereignis der letzten 30 Jahre hat die öffentliche Meinung, aber auch das einfache Volk emotio-

nell und politisch so aufgewühlt wie die Ermordung *Moros*. Vergleichbares hatte es noch nicht gegeben. Mit brutaler Anstandslosigkeit zeigt der *italienische Terrorismus*, wessen er fähig ist. Im Fall *Moro* verbreitete er nicht mehr nur Unsicherheit und Angst, indem er da ein Attentat auf eine öffentliche Einrichtung verübte oder Polizisten, Richtern oder Journalisten in die Beine schoß, indem er Angehörige oder Kinder reicher Leute entführte und nach